



Inhalt

- I. **Ausführung einer vereinbarten Behandlung durch einen Chefarzt durch einen anderen Arzt** 1
Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für eine Brustrekonstruktion bei angeborener Brustanomalie 1
- II. **Neues auf Rehmnetz** 2
Beamtenblog 2

Ausführung einer vereinbarten Behandlung durch einen Chefarzt durch einen anderen Arzt

*von Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat, München*

Aufwendungen für Behandlungen durch Chefärzte sind nach dem Beihilferecht des Bundes sowie einiger Länder nur dann beihilfefähig, wenn ein gültiger Behandlungsvertrag zwischen dem Arzt und dem Chefarzt besteht. Der BGH hatte zur Frage des Bestehens einer wahlärztlichen Vereinbarung im genannten Urteil vom 19. Juli 2016 zu entscheiden. Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde.

Aufgrund einer zwischen dem Patienten und dem Chefarzt einer Klinik geschlossenen Wahlarztvereinbarung sollte dieser am Patienten eine Operation durchführen. Tatsächlich wurde die Operation nicht vom Chefarzt selbst, sondern von einem selbst nicht liquidationsberechtigten stellvertretenden Oberarzt des Klinikums durchgeführt. Der Operation durch einen Vertreter des Chefarztes hatte der Patient nicht zugestimmt. Beim Patienten traten nach der Operation erheblich gesundheitlich Beeinträchtigungen auf. Zwar war hier über die Frage eines Schadenersatzes zu entscheiden. Auch hier war letztlich die Frage maßgebend, ob ein wirksamer Behandlungsvertrag bzgl. einer chefarztlichen Behandlung zustande gekommen war.

Hierzu hat der BGH in seinem Urteil des BGH vom 19. Juli 2016 - VI ZR 75/15 - Folgendes festgestellt.

Ist ein Eingriff durch einen bestimmten Arzt, regelmäßig den Chefarzt, vereinbart oder konkret zugesagt, muss der Patient rechtzeitig aufgeklärt werden, wenn ein anderer Arzt an seine Stelle treten soll. Fehlt eine ausdrückliche Zustimmung des Patienten zu einem Wechsel des die Operation ausführenden Arztes, ist der Eingriff als von vornherein als rechtswidrig anzusehen.

Ob und ggf. welche Ärzte in Vertretung eines Chefarztes die eigentliche Behandlung durchführen dürfen, ergibt sich somit aus dem Behandlungsvertrag.

Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für eine Brustrekonstruktion bei angeborener Brustanomalie

Immer wieder werden Beihilfestellen mit der Frage der Anerkennung der Kosten von Brustrekonstruktionen in Fällen konfrontiert, die ohne eine entsprechende schwerwiegende Vorerkrankung, z.B. Rekonstruktion nach einer Ablatio, durchgeführt werden. Dies trifft insbesondere bei einer angeborenen Brustanomalie zu.

Das BSG hat zu dem zuletzt genannten Fragenkomplex im Urteil vom 8. März 2016, B 1 KR 35/15 R, für den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung eine Entscheidung getroffen. Die Krankenkasse hatte eine Kostenübernahme bei einer Versicherten ohne Brustanlage abgelehnt.



Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7.604 Seiten
Loseblattwerk
zzgl. Aktualisierungslieferungen
In 4 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 179,99
zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.



Nach Ansicht des BSG ist nicht jede körperliche Unregelmäßigkeit als Krankheitswert im Rechtssinn zu werten. Erforderlich ist vielmehr eine Beeinträchtigung der üblichen Körperfunktionen oder eine Abweichung vom Regelfall, die entstellend wirkt.

Hierzu führt das BSG folgendes aus:

„Um eine Entstellung annehmen zu können, genügt nicht jede körperliche Abnormität. Vielmehr muss es sich objektiv um eine erhebliche Auffälligkeit handeln, die naheliegende Reaktionen der Mitmenschen wie Neugier oder Betroffenheit und damit zugleich erwarten lässt, dass Betroffene ständig viele Blicke auf sich ziehen, zum Objekt besonderer Beachtung anderer werden und sich deshalb aus dem Leben in der Gemeinschaft zurückziehen und zu vereinsamen drohen, sodass deren Teilhabe am Leben in der Gesellschaft gefährdet ist“

Auch die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung hat bereits inhaltlich vergleichbare Entscheidungen getroffen.

*Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat, München*

Der Blog zum Beamtenrecht



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Uli Hoeneß – „Verbrecher“ und Präsident](#)

[Mitführen unzulässiger Prüfungshilfsmittel](#)

[Selbsteintrittsrecht der höheren Behörde bei Ernennungen?](#)

Mehr Blogbeiträge von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger finden Sie [hier](#).



Produktipp

Stegmüller/Schmalhofer †/Bauer,
**Beamtenversorgungsrecht des Bundes
und der Länder**

Kommentar



9.368 Seiten
Loseblattwerk in 7 Ordnern
ISBN 978-3-7825-0193-4
€ 229,99
zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Kommentiert von den Verfassern der Reform!

Mit diesem umfassenden Kommentar sind Sie im Versorgungsfallauf der sicheren Seite.